Beschlussvorlage

Amt: Amt für Stadtplanung und -entwicklung

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2016/0418

Anlage Nr.: _____

Datum: 18.02.2016

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Stadtgestaltung und Planung	02.03.2016	öffentlich
Rat	07.03.2016	öffentlich

Tagesordnung

45. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Hennef (Sieg) - Kleinfeldchen;

1. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
(Empfehlung an den Stadtrat)
2. Feststellungsbeschluss
(Empfehlung an den Stadtrat)

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtgestaltung und Planung des Rates empfiehlt, der Rat der Stadt Hennef (Sieg) möge beschließen:

1. **Zu B1**, Schreiben vom 22.12.2014

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die künftige Verkehrssituation, die Lärmentwicklung und Abgasemissionen und eine Wertminderung der Nachbargrundstücke.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bestehende Mängel bei der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Straßen
- keine ganzheitliche Betrachtung der Verkehrssituation im Verkehrsgutachten (Rückstaus an der Einmündung Kapellenstraße, Verlagerungseffekte und Wechselwirkungen)
- unzureichende Ansätze zur prognostizierten Verkehrszunahme
- zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet, insbesondere in Verbindung mit einem Busdepot
- Verantwortung/Haftung bei unzureichender Erschließungsfunktion
- Gesamtverkehrskonzept für die Stadt Hennef
- Vorbelastung durch Flug- und Schulverkehrslärm
- konkrete Schallschutzmaßnahmen
- passiver Schallschutz für die Anwohner (Schallschutzfenster)
- Lärmbelastung der Außenwohnbereiche im angrenzenden Wohngebiet
- für Grundstückskäufer nicht vorhersehbare Belastungen durch die Umwidmung der Sonder-

- gebietsfläche in ein Gewerbegebiet
- Erschließungskosten für Anwohner

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplans.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegende Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Aufgabe der Flächennutzungsplanung ist es, bisherige Planungsziele, die nicht realisiert wurden, regelmäßig zu überprüfen und an aktuelle Planungserfordernisse und städtebauliche Entwicklungen anzupassen. Für das bislang ausgewiesene Sondergebiet haben sich keine konkreten Planungs- oder Bauvorhaben ergeben und es sind auch künftig keine solchen Nutzungen an diesem Standort zu erwarten. Die Stadt macht daher von ihrem Planungsrecht Gebrauch und weist an dieser Stelle einen Teil des neuen Gewerbeflächenbedarfs aus, der im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ermittelt wurde. Die Erfordernisse der Gewerbeflächen als auch eines Standortes für die Feuerwehr und Rettungswache sind in der Begründung (u.a. Seiten 3 und 4) dargelegt.

Erschließungskosten sind kein Belang der Flächennutzungsplanung.

zu B2, Schreiben vom 03.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die geplante Verkehrsanbindung und das vorliegende Verkehrsgutsachten.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung der Verkehrszunahme und des Schulbusverkehrs
- Rückstaus auf die A 560, B8 und L 333 durch zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

zu B3, Schreiben vom 04.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte/Fragen aufgeführt:

- Unterführung Bröltalstraße und Ausbau der Siegbrücke nach Allner (Umsetzungszeitrahmen, Verkehrsführung während der Bauzeiten, Zusatzbelastungen für den Wingenshof)

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Verkehrstechnische Maßnahmen an anderer Stelle im Stadtgebiet sowie der zeitliche Rahmen der Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen sind kein Belang der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung, entscheidend ist die grundsätzliche Umsetzbarkeit.

zu B4, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen das Verkehrs- und das Lärmgutachten.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung der zusätzlichen Verkehrsbelastung durch neue Wohngebiete (am Friedhof)
- unzureichende Berücksichtigung des Schulbusverkehrs
- fehlende Berücksichtigung der Einmündungen Meiersheide und Am Hang
- Rückstaus auf die A 560, B 8 und L 333 durch zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet, insbesondere für Busse und LKW

- zu kurze Linksabbiegespur auf die A 560
- Störungen der Verkehrsflusses durch hintereinanderliegende signalgesteuerte Knotenpunkte
- Zusatzverkehr auf der Kapellenstraße bei zügigerer Zufahrtsmöglichkeit auf die A 560 (Verlagerungseffekte, Instandhaltungskosten)
- Funktionsänderung der Kapellenstraße von einer Anlieger- zur Durchfahrtsstraße (Anliegerbeiträge, Rückerstattung)
- Lärmbelastung durch hohes Verkehrsaufkommen, Minderung der Wohnqualität
- Zuschüsse zu passiven Schallschutzmaßnahmen (Schallschutzfenster)
- unzureichende Kapazitäten der Regenrückhaltung, Kostenübernahme bei Rückstauschäden
- Gesamtverkehrskonzept zur verträglichen Erschließung von neuen Baugebieten

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegende Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Ein Gesamtverkehrskonzept zur verträglichen Erschließung von neuen Baugebieten ist kein Belang der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung.

zu B5, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Ausweisung des Gewerbegebietes, die Bewertungen des Verkehrsgutachtens, den Standort der Feuerwehr und Rettungswache, den Immissionsschutz und eine Wertminderung der Nachbargrundstücke.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Prüfung des Bedarfs an Gewerbeflächen und des Standortes Kleinfeldchen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (Alternativstandorte)

- Erweiterung des Gewerbegebietes nördlich der B 8
- unzureichende Berücksichtigung aktueller Verkehrsdaten (Uni Bochum) und neuer Baugebiete (Siegbogen), Aktualisierung des Verkehrsgutachtens
- unzureichender Ausbau des Anbindungspunktes, insbesondere unter Berücksichtigung eines Busdepots
- Prüfung von Standortalternativen für die Feuerwehr und Rettungswache
- Immissionsbelastungen für die Anwohner, kein ausreichender Schutz durch Emissionskontingente
- für Grundstückskäufer nicht vorhersehbare Belastungen durch die Umwidmung der Sondergebietsfläche in ein Gewerbegebiet, Wertminderung
- Beeinträchtigung der Wohnqualität und des Landschaftsbildes

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die Erforderlichkeit neuer Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geprüft. Die Situation von planungsrechtlich gesicherten und kurzfristig verfügbaren Flächen in Höhe von lediglich ca. 0,5 ha zeigt, dass die Stadt praktisch keine Gewerbeflächen mehr anbieten kann. Um auch mittelfristig der Gewerbeflächennachfrage entsprechen zu können, ist eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen im FNP von etwa 23 ha erforderlich. Eine konkrete Standortfindung der neu darzustellenden Flächen erfolgte nach einer Eignungsbewertung mit städtebaulichen und landschaftsökologischen Kriterien sowie auf Grundlage der Vorgaben aus der überörtlichen Planung (Regionalplan, Landesentwicklungsplan), der Siedlungsschwerpunkte und der Zentralörtlichkeit auf Kommunalebene. Für das Plangebiet „Kleinfeldchen“ wurde von der Stadt Hennef eine Standortbewertung mit der Bezeichnung „Östlicher Zentralort-Standort: S 1b.5“ durchgeführt. Die Bewertung zu den Kriterien Natur und Umwelt kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewerbliche Entwicklung dieses Bereiches möglich ist. Es ist dabei zu beachten, dass unmittelbar anschließend Wohngebiete liegen und Immissionsschutz notwendig ist. Durch die Größe der Fläche kann es zu Lebensraumverlusten von Feldvögeln kommen. Entsprechende funktionserhaltende Maßnahmen wären zu entwickeln. Die Darstellung als gewerbliche Baufläche wird aufgrund der städtebaulichen und erschließungstechnischen Eignung, der Bedarfslage und fehlender Alternativflächen empfohlen. Der Standort kann etwa 6 ha zum Gesamtbedarf beitragen. Bei den planerischen Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben sich keine zweckmäßigen Alternativstandorte ergeben, die einen Ersatz für den Standort Kleinfeldchen bieten können. Die Flächenpotenziale nördlich der B 8 sind mit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.40 Gewerbegebiet Hossenberg ausgeschöpft. Auch für die Feuerwehr und Rettungswache gibt es keine zweckmäßigen Standortalternativen, insbesondere im Hinblick auf das Einsatzgebiet in den östlichen Stadtteilen. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar. Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen,

dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Verbindliche Vorgaben zur Minimierung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes (z.B. Gebäudehöhe und -gestaltung, Eingrünung, Geländeanpassung) zu treffen, ist auf Ebene des Flächennutzungsplanes nicht möglich und bleibt Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes.

zu B6, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen das Verkehrsgutachten, die Niederschlagsentwässerung, die Standortwahl der Feuerwehr und Rettungswache und den Schallschutz.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- keine aktuellen Daten im Verkehrsgutachten
- unzureichende Berücksichtigung des Verkehrs vom Wohngebiet Siegbogen
- unzureichende Berücksichtigung des Schul- und Busverkehrs (Meiersheide)
- Rückstaus auf die A 560 durch zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet, insbesondere für Busse zum Busdepot
- Anbindung an die B 8
- Alternativen zur Niederschlagswasserableitung zum Höhnerbach
- Erforderlichkeit einer Änderung des Regionalplans
- Prüfung von Alternativstandorten für die Feuerwehr und Rettungswache
- Einstufung des angrenzenden Wohngebietes als „Reines Wohngebiet“, Prognosesicherheit von Emissionsberechnungen
- weitere Information zum Verfahren

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in

Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Eine Änderung des Regionalplanes ist nach dem Ergebnis der Beteiligung der Landesplanungsbehörde nicht erforderlich.

Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauleitplanverfahren ist in den §§ 3 und 4a BauGB geregelt. Die darin vorgesehenen Verfahrensschritte werden jeweils ortsüblich bekannt gemacht. Diese Vorgehensweise wurde bei der vorliegenden 45. Änderung des Flächennutzungsplanes strikt beachtet.

zu B7, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Niederschlagsentwässerung und die zusätzliche Verkehrsbelastung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Erhöhung des Überschwemmungsrisikos am Hanfbach
- Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität (Gesundheit und Nachtruhe) durch zusätzlichen Verkehr
- Wertverlust der Immobilien durch Beeinträchtigungen von Gastronomie und Busdepot
- Haftung / Kostenträger bei Behebung von planungsbedingten Schäden/ Folgemaßnahmen

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich lediglich um die vorbereitende Bauleitplanung, die Flächenpotenziale für eine bauliche Nutzung vorgibt. Konkrete Auswirkungen entstehen daraus zunächst nicht. Erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes können die zu erwartenden Auswirkungen konkret ermittelt und mit entsprechenden Vorkehrungen und Festsetzungen unzulässige und vermeidbare Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen werden. Grundsätzlich liegt die Verantwortung/Haftung beim Träger der Planungshoheit. Mit gutachterlichen Untersuchungen und Bewertungen werden im Rahmen der Planung unzulässige nachteilige Auswirkungen vermieden.

zu B8, Schreiben vom 02.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen Verkehrslärm.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bestehende Verkehrs- und Fluglärmbelastung
- Lärmbelastungen durch Zunahme des LKW-Verkehrs
- Zunahme des Verkehrsaufkommens durch Verlagerungseffekte bei verbessertem Verkehrsabfluss zur A 560
- Verkehrsströme und Verkehrslenkung durch Maßnahmen an anderer Stelle (Bahnübergang, Kreisel und Autobahnanschluss Bröltalstraße)
- unzureichende Berücksichtigung der tatsächlichen Verkehrszunahme, meist höher als die Prognosen
- unzureichende Berücksichtigung verkehrsintensiver Nutzungen im neuen Gewerbegebiet (Gastronomie) einschließlich der Lärmbelastungen und anderer „Zeitfenster“
- Lärm durch Straßenschäden in Folge höherer Verkehrsbelastung
- Anliegerkosten zur Behebung von Straßenschäden
- Maßnahmen gegen bestehenden Verkehrslärm (Lärmaktionsplan)
- Beschränkung des Bebauungsplanes auf die Feuerwehr und Rettungswache
- Tempo-30-Zone auf der Frankfurter Straße und Wingenshof
- Stationäre Geschwindigkeitskontrollen

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Der durch das Gewerbegebiet zu erwartende LKW-Verkehr spielt dabei keine relevante Rolle.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Das neue Baugebiet nur auf die Feuerwehr und Rettungswache zu beschränken, kommt nicht in Betracht, da es auch darum geht, dem Bedarf an Gewerbeflächen an diesem Standort gerecht zu werden. Zudem rechtfertigen sich die geplanten Ausbaumaßnahmen des Knotenpunktes A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof nur, wenn damit gleichzeitig die Voraussetzungen für die Erschließung dringend benötigter gewerblicher Bauflächen geschaffen werden können.

Die Anregungen zu Anliegerkosten, Tempo-30-Zone auf der Frankfurter Straße und Wingenshof sowie stationäre Geschwindigkeitskontrollen werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht den Regelungsrahmen einer Flächennutzungsplanänderung.

zu B9, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen nicht mehr gewährleisteten Hochwasserschutz am Hanfbach und eine Überlastung der Kanalisation „Zur Mühle“.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Kellerüberflutungen im Bereich des Hanfbachs
- bereits überlastete Kanalisation

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen. Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht den Regelungsrahmen einer Flächennutzungsplanänderung.

zu B10, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen eine Zunahme der Verkehrs- und Lärmbelastung sowie eine Wertminderung angrenzender Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bereits derzeit hohes Verkehrsaufkommen
- Zunahme der Verkehrsbelastung durch das neue Gewerbegebiet
- unzureichende Berücksichtigung der zunehmenden Lärmbelastung
- Wertminderung der Immobilien

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind als werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu B11, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen. Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Anbindung an die B 8
- Maßnahmen zur Lärminderung (Lärmschutzwände)
- Maßnahmen zur Wahrung der Lebensqualität in den Stadtteilen Geisbach und Warth
- Lärm- und Geruchsbelastungen durch neue Betriebe
- Wertminderung der Immobilien, Entschädigung durch die Stadt
- Zeitrahmen und Qualität des Baulärms
- Hochwasserschutz am Hanfbach und Höhnerbach
- Beteiligung der betroffenen Bürger

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Zeitrahen und Qualität des Baulärms betreffen nicht den Regelungsrahmen einer Flächennutzungsplanänderung.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauleitplanverfahren ist in den §§ 3 und 4a BauGB geregelt. Die darin vorgesehenen Verfahrensschritte werden jeweils ortsüblich bekannt gemacht. Diese Vorgehensweise wurde bei der vorliegenden 45. Änderung des Flächennutzungsplanes strikt beachtet.

zu B12, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung, den Standort der Feuerwehr und Rettungswache sowie die Lärmbelastungen.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Einschränkungen der Lebensqualität

- bestehende Belastungen durch den Verkehr sowohl für Anwohner als auch für Verkehrsteilnehmer
- keine Verbesserung, sondern Verschlechterung durch die Planung
- zu geringe und nicht aktuelle Verkehrszahlen im Gutachten
- keine Berücksichtigung des Schulbusverkehrs und der Verkehrssituation Am Hang
- keine Berücksichtigung der Verkehrszählung der Uni Bochum vom Juni 2014
- keine Berücksichtigung der Verkehrszunahme aus dem Wohngebiet Siegbogen
- zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet, insbesondere für den zu erwartenden Verkehr zum Busdepot
- Erhöhung des bereits bestehenden Rückstapuproblems auf die A 560, Abstimmung mit dem Straßenbetrieb NRW, Risiko-/Unfallhaftung durch die Stadt
- gesundheitliche Belastung der Anwohner durch erhöhtes Verkehrsaufkommen
- Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität
- Standort der Feuerwehr und Rettungswache in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbebauung
- Störung der Nachtruhe und Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Einsatzfahrten mit Signalhorn
- Wertverlust der Immobilien
- Anbindung an die B 8
- größere Grünfläche zwischen Wohngebiet und Feuerwehr und Rettungswache mit Lärmschutzwall
- konkrete Benennung der anzusiedelnden Betriebe
- maximaler Abstand zwischen Busdepot und Wohngebiet

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen. Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Größere Grünflächen zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache tragen nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache im Normalbetrieb durch Abschirmeffekte der Gebäude zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegen-

den Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung. Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen. Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Die Anregungen zu Störung der Nachtruhe und Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Einsatzfahrten mit Signalhorn, konkrete Benennung der anzusiedelnden Betriebe sowie maximaler Abstand zwischen Busdepot und Wohngebiet werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht den Regelungsrahmen einer Flächennutzungsplanänderung.

zu B13, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung, die Entwässerung und Lärmbelastungen.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- keine Berücksichtigung der Anbindung des Gewerbegebietes Hossenberg
- unzureichende Berücksichtigung der künftigen Verkehrsbelastung aus dem Wohngebiet Siegbogen
- unzureichende Berücksichtigung der Schulbusse
- Rückstaus auf die A 560 durch zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet für Busse zum Busdepot
- fehlende Überquerungshilfe für Schüler auf der Straße Wingenshof
- unzureichende Berücksichtigung des Pendlerverkehrs von/zur L 125 nach Uckerath
- unzureichende Berücksichtigung von Rückstaus auf die A560 von Siegbrücke nach Allner
- unzureichende Berücksichtigung / unzureichende Leistungsfähigkeit des Bahnübergangs und des Kreisverkehrs auf der Bröltalstraße
- Anbindung an die B 8 gegenüber der südlichen Zufahrt nach Hossenberg
- Entwässerung über die B 8 zur Sieg
- Dachbegrünung zur Regenrückhaltung
- Versickerung in tiefere Erdschichten
- unzureichende Berücksichtigung von Schallschutzvorkehrungen

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Ver-

kehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen. Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

zu B14, Schreiben vom 07.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung, die Niederschlagsentwässerung, die Feuerwehr und Rettungswache und den Schallschutz.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung der für die Region zu erwartenden Verkehrssteigerungen
- Gesamtverkehrskonzept für Hennef
- unzureichende Berücksichtigung der Verkehrsbelastungen durch Schulbusse und den Verkehr aus dem Siegbogen
- Einflüsse der Straßen Am Hang und Meiersheide
- alternative Anbindung
- Berücksichtigung der Verkehrszählungen aus dem Juni 2014
- Auswirkungen der Baumaßnahmen auf der Bröltalstraße (Bahnunterführung) und eines Ausbaus der Siegbrücke nach Allner
- Unzulässigkeit von Zufahrten zur B 8 und zur Straße Wingenshof
- bestehende Rückstaus auf die A 560 beim Einbiegen in die Straße Wingenshof
- Maßnahmen zur Vermeidung von Rückstaus auf die A 560 und B 8
- Verantwortung/Haftung für Folgemaßnahmen zur Behebung von Erschließungs-/ Ausbaumängeln
- wasserrechtliche Genehmigung der Regenrückhaltung
- Baubeginn der Rückhalteanlagen und der Erschließung des Gebietes
- zeitliche Abfolge zwischen Brandschutzbedarfsplan und Standortplanung
- Alternativstandorte für die Feuerwehr
- nur „ausreichende“ Berücksichtigung des Schallschutzes
- unzureichende Berücksichtigung aller Einflussfaktoren im Schallschutzgutachten

- Haftung/Kostenübernahme für nachträgliche Schallschutzmaßnahmen
- fehlendes Gesamtkonzept in Verbindung mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes
- Alternativplanungen, alternative Verkehrsanbindung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar.

Die vorgesehenen Bauflächen sind gleichsam Bestandteil und Planungsgegenstand der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Somit sind diese auch in das Gesamtkonzept der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Hennef einbezogen und in den parallel verlaufenden Entscheidungsprozessen als geeigneter Standort bewertet worden.

zu **B15**, Schreiben vom 07.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen eine Verschlechterung der Lebensqualität in Folge von Verkehr, Lärm, Geruch sowie der Feuerwehr und Rettungswache.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung von Fahrradfahrern und Bussen auf den Verkehrsfluss
- unzureichende Berücksichtigung des Verkehrs aus dem Siegbogen
- unzureichende Berücksichtigung von Rückstaus bei Ein- und Ausfahrten zur und auf der Kapellenstraße
- unzureichende Berücksichtigung der Zufahrtmöglichkeiten Wingenshof und L 333 auf die A 560 (Überschneidung von Fahrbeziehungen)
- zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet mit Rückstaus auf die A 560, insbesondere bei Ansiedlung von besucherintensiver Gastronomie mit überwiegender Anfahrt von der A 560
- staubedingte Behinderungen für Rettungsfahrzeuge
- Verlagerungseffekte mit Zunahme der Verkehrsmenge am Wingenshof durch Takterhöhung des Bahnverkehrs
- Unzulässigkeit von nachteiligen Auswirkungen auf klassifizierte Straßen gemäß Forderungen des Landesbetriebes Straßen NRW
- Beeinträchtigungen durch Verkehr- und Gewerbelärm und Abgase
- Störungen der Nachtruhe durch Signale von Rettungsfahrzeugen
- Grenzwertüberschreitungen bei der Lärmbelastung
- Wertverlust der Immobilien
- Erforderlichkeit des Standortes der Feuerwache im Plangebiet, Alternative eines Vorausrückfahrzeuges am Standort Rathaus
- besserer Verkehrsanbindung der Feuerwache und Rettungswache bei einem Standort im Gewerbegebiet Hossenberg nördlich der B 8 (überwiegend ohne Ampeln)

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozial-

adäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar.

zu B16, Schreiben vom 17.12.2014

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung und die Feuerwehr und Rettungswache.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bestehende Verkehrsbelastung auf der Kapellenstraße
- Standort der Feuerwehr und Rettungswache direkt neben der Wohnbebauung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern.

Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache im Normalbetrieb durch Abschirmeffekte der Gebäude zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung. Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigen-

tümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu **B17**, Schreiben vom 17.12.2014

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung und die Feuerwehr und Rettungswache.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- keine Prüfung von alternativen Verkehrsanbindungen im Verkehrsgutachten
- keine Berücksichtigung aktueller Verkehrsdaten
- kein ganzheitliche Betrachtung mit Rückstaus auf die A 560
- Anbindung an die B 8
- Lärmbelastungen durch den Standort der Feuerwehr und Rettungswache direkt neben der Wohnbebauung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache im Normalbetrieb durch Abschirmeffekte der Gebäude zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu **B18**, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen Erforderlichkeit, die Verkehrsanbindung, die Bürgerinformation, den Schallschutz, die Feuerwehr und Rettungswache sowie Wertverluste der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Erforderlichkeit der Loslösung des Bereiches Kleinfeldchen von der Neuaufstellung des gesamten Flächennutzungsplanes
- Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Gewerbegebiet (Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, Kosten-Nutzen-Analyse)
- Gesamtverkehrskonzept mit Anpassung der Verkehrswege an künftige Anforderungen
- bestehende Verkehrsüberlastungen der betroffenen Straßen Wingenshof u. Kapellenstraße
- Verschlechterung des Verkehrsflusses durch die zusätzliche signalgesteuerte Anbindung des Gewerbegebietes
- Erhöhung des Unfallrisikos
- direkte Anbindung an die B 8 gegenüber der Zufahrt zu Weiler Hossenberg
- unzureichende Berücksichtigung des Busverkehrs durch das Busdepot
- unzureichende Berücksichtigung einer allgemeinen Verkehrszunahme
- durch Betriebsansiedlungen entstehender Schwerlastverkehr
- Rückstaus durch zu kurze Linksabbiegespur ins Plangebiet
- Berücksichtigung von Kosten für nachträgliche Verbesserungsmaßnahmen (z.B. Verlängerung der Rechtsabbiegespur auf der A 560) in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung
- alternative Verkehrserschließung / Machbarkeitsanalyse
- unzureichende Bürgerinformation, Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz NRW
- unzureichende Verkehrsdaten als Grundlage für die Lärmberechnungen, Anpassung an aktuelle Verkehrsdaten
- keine einheitlichen Beschlussvorlagen in der Ausschusssitzung am 05.11.2014
- Rechtmäßigkeit der Beschlüsse vom 05.11.2014 wegen Beschluss zum „Schluss der Debatte“ ohne Diskussion des Schallschutzes
- hoher Anteil der neuen Verkehrsbelastung durch einen Gastronomiebetrieb (2.025 Fahrten am Tag), Erforderlichkeit
- Beeinträchtigung der Wohnqualität durch unmittelbare Nachbarschaft der Feuerwehr und Rettungswache
- Prüfung von Alternativstandorten, Beteiligung der Feuerwehr bei der Standortwahl
- Wertverlust der Immobilien durch Baulärm und Verkehrsbelastung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Änderung wird als gesondertes Verfahren durchgeführt, um zeitnah auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Bauleitplanung zu schaffen. Das Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes kann diesen Zeitrahmen nicht ermöglichen. Ungeachtet dessen sind die beiden Planungen selbstverständlich inhaltlich aufeinander abgestimmt.

Im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung ist es weder erforderlich noch zweckmäßig, Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit durchzuführen. Dazu fehlen in dieser Planungsphase konkrete Vorgaben, die die Kostenfaktoren bestimmen. Die Frage der Wirtschaftlichkeit klärt sich meist erst in der Fach- und Detailplanung. Was letztlich wirtschaftlich ist, lässt sich nicht abschließend beantworten, insbesondere wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen. Das gleich gilt im Übrigen auch für Wohnbauflächen, bei denen die Stadt neben den Planungskosten auch einen Anteil der Erschließung tragen muss, ohne ermitteln zu können, welche Steuereinnahmen aus der jeweiligen Planung resultieren.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser

Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, u.a. auch eine gastronomische Nutzung, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache im Normalbetrieb durch Abschirmeffekte der Gebäude zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung. Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauleitplanverfahren ist in den §§ 3 und 4a BauGB geregelt. Die darin vorgesehenen Verfahrensschritte werden jeweils ortsüblich bekannt gemacht. Diese Vorgehensweise wurde bei der vorliegenden 45. Änderung des Flächennutzungsplanes strikt beachtet.

Die Kritik an den Vorlagen zur Sitzung vom 05.11.2014 sowie an der Vorgehensweise bei der Beratung ist nicht nachvollziehbar. Sowohl die Vorlagen als auch die Vorgehensweise bei der Beratung waren korrekt und sind nicht zu beanstanden.

zu **B19**, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen den Standort, die Verkehrsanbindung, die Feuerwehr und Rettungswache, den Schallschutz und den Wertverlust der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Bedarf an Gewerbeflächen, Alternativstandorte, Erweiterung vorhandener Gewerbestandorte
- keine aktuellen Daten im Verkehrsgutachten, Zählung der Uni Bochum vom Juni 2014 nicht berücksichtigt
- unzureichende Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrszunahme und steigender Verkehrsbelastungen aus dem Siegbogen
- Prüfung von Alternativstandorten für die Feuerwehr und Rettungswache, keine direkte Nachbarschaft zur Wohnbebauung
- kein ausreichender Schallschutz durch Festsetzung von Emissionskontingenten
- bestehende Überschreitungen der zulässigen Schallbelastung
- Wertverlust der Immobilien
- Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch große Baukörper

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die Erforderlichkeit neuer Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geprüft. Die Situation von planungsrechtlich gesicherten und kurzfristig verfügbaren Flächen in Höhe von lediglich ca. 0,5 ha zeigt, dass die Stadt praktisch keine Gewerbeflächen mehr anbieten kann. Um auch mittelfristig der Gewerbeflächennachfrage entsprechen zu können, ist eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen im FNP von etwa 23 ha erforderlich. Eine konkrete Standortfindung der neu darzustellenden Flächen erfolgte nach einer Eignungsbewertung mit städtebaulichen und landschaftsökologischen Kriterien sowie auf Grundlage der Vorgaben aus der überörtlichen Planung (Regionalplan, Landesentwicklungsplan), der Siedlungsschwerpunkte und der Zentralörtlichkeit auf Kommunalebene. Für das Plangebiet „Kleinfeldchen“ wurde von der Stadt Hennef eine Standortbewertung mit der Bezeichnung „Östlicher Zentralort-Standort: S 1b.5“ durchgeführt. Die Bewertung zu den Kriterien Natur und Umwelt kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewerbliche Entwicklung dieses Bereiches möglich ist. Es ist dabei zu beachten, dass unmittelbar anschließend Wohngebiete liegen und Immissionsschutz notwendig ist. Durch die Größe der Fläche kann es zu Lebensraumverlusten von Feldvögeln kommen. Entsprechende funktionserhaltende Maßnahmen wären zu entwickeln. Die Darstellung als gewerbliche Baufläche wird aufgrund der städtebaulichen und erschließungstechnischen Eignung, der Bedarfslage und fehlender Alternativflächen empfohlen. Der Standort kann etwa 6 ha zum Gesamtbedarf beitragen. Bei den planerischen Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben sich keine zweckmäßigen Alternativstandorte ergeben, die einen Ersatz für den Standort Kleinfeldchen bieten können. Die Flächenpotenziale nördlich der B 8 sind mit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.40 Gewerbegebiet Hossenberg ausgeschöpft. Auch für die Feuerwehr und Rettungswache gibt es keine zweckmäßigen Standortalternativen, insbesondere im Hinblick auf das Einsatzgebiet in den östlichen Stadtteilen. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar. Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung

beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache durch Abschirmeffekte der Gebäude im Normalbetrieb zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Verbindliche Vorgaben zur Minimierung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes (z.B. Gebäudehöhe und -gestaltung, Eingrünung, Geländeanpassung) zu treffen, ist auf Ebene des Flächennutzungsplanes nicht möglich und bleibt Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes.

zu B20, Schreiben vom 12.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bestehende Verkehrsbelastung der Kapellenstraße und Wingenshof
- nicht nachvollziehbare Grundlagen und Bewertungen des Verkehrsgutachtens
- Gefährdungspotenzial für Radfahrer und Fußgänger
- Berücksichtigung der Belange sicherer Schulwege

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der

Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation können sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner sowie das Gefährdungspotenzial für Radfahrer und Fußgänger verringern. Damit werden zudem die Belange sicherer Schulwege soweit berücksichtigt, wie dies im Rahmen der vorliegenden Planung geboten ist.

zu **B21**, Schreiben vom 01.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrs-, Lärm- und Schadstoffbelastungen und Wertminderung der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Zunahme der Verkehrsbelastung
- Zunahmen von Lärm- und Schadstoffbelastungen durch den Verkehr
- Behinderung der Grundstückszufahrt
- Wertminderung der Immobilien
- mehr Müll auf Wegen, Straße und Grundstücken
- erhöhtes Unfallrisiko für Schulkinder und Senioren bei der Straßenüberquerung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation können sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner sowie das Gefährdungspotenzial für Radfahrer und Fußgänger verringern. Damit werden zudem die Belange sicherer Schul- und Fußwege soweit berücksichtigt, wie dies im Rahmen der vorliegenden Planung geboten ist.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu B22, Schreiben vom 01.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrs-, Lärm- und Schadstoffbelastungen und Wertminderung der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Zunahme der Verkehrsbelastung
- Zunahmen von Lärm- und Schadstoffbelastungen durch den Verkehr
- Behinderung der Grundstückszufahrt
- Wertminderung der Immobilien
- mehr Müll auf Wegen, Straße und Grundstücken
- erhöhtes Unfallrisiko für Schulkinder und Senioren bei der Straßenüberquerung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation können sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner sowie das Gefährdungspotenzial für Radfahrer und Fußgänger verringern. Damit werden zudem die Belange sicherer Schul- und Fußwege soweit berücksichtigt, wie dies im Rahmen der vorliegenden Planung geboten ist.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu B23, Schreiben vom 07.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die geplante Entwässerung und die Verkehrsanbindung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichender Hochwasserschutz am Hanfbach
- Zunahme der Wassermenge durch weitere Bebauung und Maßnahmen am Höhnerbach und Liemichsgraben
- unzureichende Dimensionierung des Durchlasses unter der Frankfurter Straße bei Starkregen mit hohem Schadenspotenzial
- ausreichende Wartung der geplanten Becken
- Verantwortung/Kostenübernahme für Schäden durch Planungsmängel
- bestehende Verkehrsbelastung
- großräumigere Verkehrsuntersuchung
- keine Berücksichtigung aktueller Verkehrsdaten
- nachdrücklichere Prüfung einer Verkehrsanbindung an die B 8

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

zu B24, Schreiben vom 08.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung allgemein prognostizierter Verkehrszunahmen
- unzureichende Berücksichtigung des Busverkehrs und der Verkehrsbelastung aus dem Siegbogen
- ganzheitlichere Betrachtung bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit der betroffenen Verkehrsknoten
- Alternativen-Prüfung für die Verkehrsanbindung im Gutachten

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

zu B25, Schreiben vom 06.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die geplante Niederschlagsentwässerung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Kosten für Bau und Unterhaltung der Regenrückhalteanlagen
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Unterhaltung
- Erforderlichkeit des Überlaufes in den Höhnerbach
- Berücksichtigung zunehmender Wetterextreme (Trockenheit, Starkregen)
- Verantwortung/Kostenübernahme für Schäden durch Wartungsmängel
- Zulässigkeit von Einleitungen in den Höhnerbach (EU-Normen)
- „Entlastungsbohrungen“ zur Niederschlagswasserableitung als kostengünstigere Alternative
- CO²-freies Gewerbegebiet, Geothermieanlagen

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteanlagen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen. Die Anregungen zu CO²-freies Gewerbegebiet und Geothermieanlagen werden zur Kenntnis genommen. Solche Vorgaben lassen sich nicht auf Ebene der Flächennutzungsplanung treffen.

zu B26, Schreiben vom 07.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen den Standort, die Verkehrsanbindung, den Schallschutz und den Wertverlust der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Bedarf an Gewerbeflächen, Alternativstandorte, Erweiterung vorhandener Gewerbestandorte
- keine aktuellen Daten im Verkehrsgutachten, Zählung der Uni Bochum vom Juni 2014 nicht berücksichtigt
- unzureichende Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrszunahme und steigender Verkehrsbelastungen aus dem Siegbogen
- kein ausreichender Schallschutz durch Festsetzung von Emissionskontingenten
- bestehende Überschreitungen der zulässigen Schallbelastung
- Wertverlust der Immobilien
- Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch große Baukörper

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die Erforderlichkeit neuer Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geprüft. Die Situation von planungsrechtlich gesicherten und kurzfristig verfügbaren Flächen in Höhe von lediglich ca. 0,5 ha zeigt, dass die Stadt praktisch keine Gewerbeflächen anbieten kann. Um auch mittelfristig der Gewerbeflächennachfrage entsprechen zu können, ist eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen im FNP von etwa 23 ha erforderlich. Eine konkrete Standortfindung der neu darzustellenden Flächen erfolgte nach einer Eignungsbewertung mit städtebaulichen und landschaftsökologischen Kriterien sowie auf Grundlage der Vorgaben aus der überörtlichen Planung (Regionalplan, Landesentwicklungsplan), der Siedlungsschwerpunkte und der Zentralörtlichkeit auf Kommunalebene. Für das Plangebiet „Kleinfeldchen“ wurde von der Stadt Hennef eine Standortbewertung mit der Bezeichnung „Östlicher Zentralort-Standort: S 1b.5“ durchgeführt. Die Bewertung zu den Kriterien Natur und Umwelt kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewerbliche Entwicklung dieses Bereiches möglich ist. Es ist dabei zu beachten, dass unmittelbar anschließend Wohngebiete liegen und Immissionsschutz notwendig ist. Durch die Größe der Fläche kann es zu Lebensraumverlusten von Feldvögeln kommen. Entsprechende funktionserhaltende Maßnahmen wären zu entwickeln. Die Darstellung als gewerbliche Baufläche wird aufgrund der städtebaulichen und erschließungstechnischen Eignung, der Bedarfslage und fehlender Alternativflächen empfohlen. Der Standort kann etwa 6 ha zum Gesamtbedarf beitragen. Bei den planerischen Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben sich keine zweckmäßigen Alternativstandorte ergeben, die einen Ersatz für den Standort Kleinfeldchen bieten können. Die Flächenpotenziale nördlich der B 8 sind mit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.40 Gewerbegebiet Hossenberg ausgeschöpft. Auch für die Feuerwehr und Rettungswache gibt es keine zweckmäßigen Standortalternativen, insbesondere im Hinblick auf das Einsatzgebiet in den östlichen Stadtteilen. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar. Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen

ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache durch Abschirmeffekte der Gebäude im Normalbetrieb zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Verbindliche Vorgaben zur Minimierung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes (z.B. Gebäudehöhe und -gestaltung, Eingrünung, Geländeanpassung) zu treffen, ist auf Ebene des Flächennutzungsplanes nicht möglich und bleibt Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes.

zu B27, Schreiben vom 05.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung und die Entwässerung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- unzureichende Berücksichtigung des Schulbusverkehrs
- unzureichende Berücksichtigung des Pendlerverkehrs ins neue Gewerbegebiet
- bestehende Verkehrsbelastungen
- Sicherheit auf den Schulwegen
- kein schlüssiges Entwässerungskonzept
- Prüfung der Verkehrsanbindung an die B 8

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist,

dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

zu B28, Schreiben vom 07.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsanbindung und die Entwässerung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Probleme durch stärkeren Abfluss Grund- und Hangwasser
- Verstärkung von Hochwasser am Hanfbach in Verbindung mit dem zu geringen Durchlass an der Frankfurter Straße und dem Ausbau des Höhnerbachs
- Zunahme der Verkehrsbelastung, Verkehrskollaps auf der Frankfurter Straße

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation kann sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner verringern. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

zu B29, Schreiben vom 01.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrs-, Lärm- und Schadstoffbelastungen und Wertminderung der Immobilien.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Zunahme der Verkehrsbelastung
- Zunahmen von Lärm- und Schadstoffbelastungen durch den Verkehr

- Behinderung der Grundstückszufahrt
- Wertminderung der Immobilien
- mehr Müll auf Wegen, Straße und Grundstücken
- erhöhtes Unfallrisiko für Schulkinder und Senioren bei der Straßenüberquerung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Mit der Verbesserung der Verkehrssituation können sich auch die Belastung der betroffenen Anwohner sowie das Gefährdungspotenzial für Radfahrer und Fußgänger verringern. Damit werden zudem die Belange sicherer Schul- und Fußwege soweit berücksichtigt, wie dies im Rahmen der vorliegenden Planung geboten ist.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt.

Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu B30, Schreiben vom 09.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsführung und Lärmbelastungen.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- keine Verbesserung der schlechten Verkehrssituation durch die Planung
- Rückstau auf der Kapellenstraße
- Sperrung der Zufahrt von der Hanftalstraße auf die Kapellenstraße
- Bauzeit und bauzeitliche Verkehrsführung für die Bahnunterführung der Bröltalstraße
- Lärmbelastungen durch Rettungswache und Busdepot

- keine unmittelbare Nachbarschaft von Rettungswache und Wohnbebauung
- Anbindung an die B 8

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. So sind auch potenziell planungsrelevante und unzulässige Wertminderungen angrenzender Immobilien ausgeschlossen. Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache durch Abschirmeffekte der Gebäude im Normalbetrieb zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

zu B31, Schreiben vom 09.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Lärmbelastungen und Verkehrsführung.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Lärmbelastungen/Störung der Nachtruhe durch Verkehr zum Gewerbegebiet, insbesondere morgens und durch das Busdepot
- Verkehrsbelastung und Rückstaus auf der Kapellenstraße und an der Einmündung Wingenshof
- Mehrbelastung durch neue Wohnhäuser über die Hanftalstraße

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

zu B32, Schreiben vom 09.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen die Verkehrsführung, Lärmbeeinträchtigungen, Wertminderung von Immobilien, Belästigungen von Leuchtreklamen.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- bestehende Verkehrsüberlastung
- Lärmbelastungen durch Busse des Busdepots
- Schall- und Sichtschutzwall zur Wohnbebauung
- Wertminderung der Immobilien durch die neue Zufahrtsstraße sowie die Feuerwehr und Rettungswache
- Ausschluss von Leuchtreklamen
- persönliche Benachrichtigung über alle Planungsschritte
- nachdrücklichere Prüfung eine Anbindung an die B 8
- verständlichere und bürgerfreundlichere Planung

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon / Bondzio / Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 wird vom Landesbetrieb Straßen NRW nicht zugelassen.

Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegen-

den Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen ebenfalls nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. So sind auch potenziell planungsrelevante und unzulässige Wertminderungen angrenzender Immobilien ausgeschlossen. Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache durch Abschirmeffekte der Gebäude im Normalbetrieb zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauleitplanverfahren ist in den §§ 3 und 4a BauGB geregelt. Die darin vorgesehenen Verfahrensschritte werden jeweils ortsüblich bekannt gemacht. Diese Vorgehensweise wurde bei der vorliegenden 45. Änderung des Flächennutzungsplanes strikt beachtet.

Die Anregung, Leuchtreklamen auszuschließen, wird zur Kenntnis genommen, fällt jedoch nicht in den Regelungsrahmen eines Flächennutzungsplanes.

zu B33, Schreiben vom 08.01.2015

Stellungnahme/Anregungen:

Gegen die Planung werden Einwendungen/Einsprüche vorgetragen, insbesondere gegen Lärmbelastungen und Beeinträchtigungen der Wohnqualität.

Es werden folgende planungsrelevante Aspekte aufgeführt:

- Lärm durch zusätzlichen Verkehr, Gewerbe, Straßenbau und die Feuerwehr und Rettungswache
- Beeinträchtigungen der Wohnqualität
- keine Verbesserungen der derzeitigen Belastungen durch die Planung
- unzureichende Berücksichtigung der Verkehrsbelastung aus dem Siegbogen und des Schulbusverkehrs
- Lärm- und Geruchsbelastungen durch das Busdepot
- vorzeitige Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Kleinfeldchen
- Alternativstandorte für die Feuerwehr und Rettungswache (z.B. Hossenbergl)
- unzureichende Rückhaltung/Ableitung des Niederschlagswassers
- Bedarf an neuen Gewerbeflächen, Flächenreserven
- Verlagerung von Arbeitsplätzen durch Großgastronomie

Abwägung:

Die Inhalte des Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die vorliegenden Schalltechnischen Untersuchungen der Kramer Schalltechnik GmbH zeigen, dass die geplanten Nutzungen unter Beachtung schalltechnischer Vorkehrungen mit umliegenden Nutzungen verträglich sein können. Insofern stehen solche Belange den neuen Bauflächen nicht entgegen. Verbindliche Regelungen zum Schallschutz zu treffen, ist wiederum Aufgabe des Bebauungsplanes. Dazu gehört auch, andere Emissionen mit Hilfe des Abstandserlasses NW zu regeln. Damit werden unzulässige Beeinträchtigungen umliegender Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung, ausgeschlossen. Die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nach § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB und die Einhaltung von Immissionsrichtwerten (u.a. nach TA-Lärm) bleiben damit gewahrt. So sind auch potenziell planungsrelevante und unzulässige Wertminderungen angrenzender Immobilien ausgeschlossen. Ein größerer Abstand zwischen dem Wohngebiet und der Feuerwehr und Rettungswache trägt nach den vorliegenden Untersuchungen nicht zu einer Verbesserung potenzieller Konflikte bei, da die Anlagen der Feuerwehr und Rettungswache durch Abschirmeffekte der Gebäude im Normalbetrieb zu keinen relevanten Beeinträchtigungen führen. Störungen der Wohnruhe können sich durch die Nutzung von Signalhörnern bei Einsatzfahrten ergeben. Dabei spielt der Standort keine relevante Rolle, sondern die Fahrstrecke. Diese lässt sich nach den vorliegenden Planungen unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Anforderungen jedoch nicht verändern. Durch eine entsprechende Steuerung der Signalanlagen kann sich die Erforderlichkeit von Signalhörnern bei Einsatzfahrten in der Nähe der Wohnbebauung jedoch minimieren lassen. Diese Regelungen sind Gegenstand der Verkehrsplanung.

Dennoch möglicherweise verbleibende Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Der Bebauungsplan lässt nur Nutzungen zu, die im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung nach den geltenden Rechtsvorschriften verträglich sind. Insofern begründen sich für die Eigentümer oder Nutzer umliegender Grundstücke keine Forderungen im Hinblick auf Schadensersatz oder Entschädigung für eigene Maßnahmen zur Wahrung der bisherigen Wohnqualität. Es besteht kein Recht darauf, dass das Umfeld des eigenen Grundstücks wie auch die Aussicht in die Landschaft unverändert bleibt. Ein Anspruch auf Entschädigung oder Schadensersatz begründet sich aus der Planung nicht.

Zur Leistungsfähigkeit der Erschließung wurden entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die auf den aktuellen Stand der Verkehrsbelastungen angepasst wurden. Die Darstellungen und Erläuterungen der Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser sind Bestandteil des Verfahrens. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bebauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der neuen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen zu fassen, ist Aufgabe des Bebauungsplanes.

Für die Entwässerung gibt es eine Fachplanung. Im Ergebnis zeigt sich, dass ein fachgerechter und ordnungsgemäßer Umgang mit Niederschlagswasser durch entsprechende Rückhalteeinrichtungen möglich ist. Insofern stehen wasserwirtschaftliche Belange der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen. Planungsrechtlich relevante Inhalte der Fachplanung werden in den Bebauungsplan übernommen.

Die Erforderlichkeit neuer Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geprüft. Die Situation von planungsrechtlich gesicherten und kurzfristig verfügbaren Flächen in Höhe von lediglich ca. 8 ha zeigt, dass die Stadt nur noch zwei bis drei Jahre Gewerbeflächen anbieten kann. Um auch mittelfristig der Gewerbeflächennachfrage entsprechen zu können, ist eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen im FNP von etwa 23 ha erforderlich. Eine konkrete Standortfindung der neu darzustellenden Flächen erfolgte nach einer Eignungsbewertung mit städtebaulichen und landschaftsökologischen Kriterien sowie auf

Grundlage der Vorgaben aus der überörtlichen Planung (Regionalplan, Landesentwicklungsplan), der Siedlungsschwerpunkte und der Zentralörtlichkeit auf Kommunalebene. Für das Plangebiet „Kleinfeldchen“ wurde von der Stadt Hennef eine Standortbewertung mit der Bezeichnung „Östlicher Zentralort-Standort: S 1b.5“ durchgeführt. Die Bewertung zu den Kriterien Natur und Umwelt kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewerbliche Entwicklung dieses Bereiches möglich ist. Es ist dabei zu beachten, dass unmittelbar anschließend Wohngebiete liegen und Immissionsschutz notwendig ist. Durch die Größe der Fläche kann es zu Lebensraumverlusten von Feldvögeln kommen. Entsprechende funktionserhaltende Maßnahmen wären zu entwickeln. Die Darstellung als gewerbliche Baufläche wird aufgrund der städtebaulichen und erschließungstechnischen Eignung, der Bedarfslage und fehlender Alternativflächen zu empfohlen. Der Standort kann etwa 6 ha zum Gesamtbedarf beitragen. Bei den planerischen Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben sich keine zweckmäßigen Alternativstandorte ergeben, die einen Ersatz für den Standort Kleinfeldchen bieten können. Die Flächenpotenziale nördlich der B 8 sind mit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.40 Gewerbegebiet Hossenberg ausgeschöpft. Auch für die Feuerwehr und Rettungswache gibt es keine zweckmäßigen Standortalternativen, insbesondere im Hinblick auf das Einsatzgebiet in den östlichen Stadtteilen. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar. Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann.

Die vorliegende Änderung wird als gesondertes Verfahren durchgeführt, um zeitnah auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Bauleitplanung zu schaffen. Das Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes kann diesen Zeitrahmen nicht ermöglichen. Ungeachtet dessen sind die beiden Planungen selbstverständlich inhaltlich aufeinander abgestimmt.

zu T1, Straßen NRW

mit Schreiben vom 22.01.2015

Stellungnahme:

Eine Anbindung des Gewerbegebietes an die B 8 ist auf Grund der Funktion zur Abwicklung eines hohen Verkehrsaufkommens auf freier Strecke nicht möglich.

Die Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone nach FStrG sind einzuhalten.

Durch die Erschließung und Nutzung des Plangebietes darf kein Rückstau auf klassifizierte Straßen und lichtsignalisierte Knoten entstehen.

Die Straßenbauverwaltung übernimmt keine Kosten für die geplanten Straßenbaumaßnahmen.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

Die Erschließung des neuen Gewerbegebietes Kleinfeldchen ist weiterhin über die Straße „Wingenshof“ vorgesehen. Eine direkte Anbindung an die Bundesstraße B 8 ist nicht geplant. Für die Anbindung des neuen Gewerbegebietes an das überörtliche Verkehrsnetz wurde eine Untersuchung in Auftrag gegeben (Verkehrsuntersuchung der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser), aus der sich Umbaumaßnahmen des Knotenpunktes am Ausbauende der A 560 sowie Anforderungen an die Einmündung der neuen Erschließungsstraße in die Straße „Wingenshof“ ergeben. Diese Anforderungen sind in einer gesonderten Fachplanung umgesetzt und werden im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.

zu T2, Rhein-Sieg-Kreis

mit Schreiben vom 12.01.2015

Stellungnahme:Natur- und Landschaftsschutz

Die Kompensationsflächen und -Maßnahmen sollen nach dem Satzungsbeschluss der Unteren Landschaftsbehörde mitgeteilt und dazu die beigegefügte Formblätter verwendet werden.

Bodenschutz

Durch die Umsetzung der Planung gehen besonders schutzwürdige Böden unwiederbringlich verloren. Über die allgemein üblichen Maßnahmen zum Bodenschutz hinaus soll ein spezielles Konzept mit Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für die Erschließung des Baugebietes erstellt werden (Lagerflächen für Bodenaushub, Höhe von Bodenmieten, Erosionsschutz und Gefügestabilisierung von Bodenmieten, Vermeidung/Minimierung der Bodenbelastung durch Maschinen, keine Befahrung geplanter Freiflächen, Überwachung der Maßnahmen u.a.). Darüber hinaus sollen Maßnahmen zum Schutz des Bodens mit den künftigen Grundstückseigentümern vertraglich vereinbart werden. Dachbegrünungen als Maßnahmen zur Eingriffsminimierung sollen konkret vorgegeben werden. Minimierungsmaßnahmen sollen geprüft und ggf. planungsrechtlich verbindlich festgesetzt werden.

Eine quantitative Bilanzierung bodenfunktionsbezogener Kompensationsmaßnahmen fehlt bislang. Dazu wird auf entsprechende Veröffentlichungen zum Thema Schutzgut Boden - Leistungsfähigkeits- und Eingriffsbewertung hingewiesen.

Immissionsschutz

Zum Schutz der Nachbarschaft im Hinblick auf Gerüche, Erschütterungen und Staub sollen die Gewerbeflächen nach Abstandserlass NW gegliedert werden. Die festgesetzten Emissions- und Zusatzkontingente reichen nicht aus.

Um erhebliche Störungen der Nachbarbebauung durch Signalhörner von Rettungsfahrzeugen zu vermeiden, soll eine alternative Ein- und Ausfahrtmöglichkeit oder eine für Rettungsfahrten bedarfsgesteuerte Signalanlagenschaltung an der geplanten Zufahrt zum Gewerbegebiet geprüft werden, mit der der Einsatz der Signalhörner minimiert werden kann.

Ab- und Niederschlagswasserbeseitigung

Es soll geprüft werden, ob Niederschlagswasser von Dachflächen durch Dachbegrünungsmaßnahmen zurückgehalten oder im Einzelfall im Plangebiet versickert werden kann.

Straßenverkehr

Die Maßnahmen am Kontenpunkt Wingenshof / A 560 / B 8 / Europaallee sollen spätestens mit der Erschließung des Plangebietes erfolgen. Die Signalanlagensteuerung soll im Einsatzfall der Feuerwehr und dem Rettungsdienst eine rückstaufreie Ausfahrt ermöglichen.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

Die Anregungen werden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens behandelt.

zu T3, BUND

mit Schreiben vom 09.01.2015

Stellungnahme:

Es wird angeregt, die Haupterschließungsstraße um etwa 50 m zu kürzen, da die vorgesehene Länge für die Erschließung der Bauflächen nicht erforderlich wäre.

Die geplante Wasserbeseitigung wird als nicht rechtskonform und auch die Vorgaben des § 51a LWG werden als fachlich umstritten erachtet. In der bisherigen Abwägung seien die vorgetragenen Argumente nicht berücksichtigt. Die geplante Einleitung von Niederschlagswasser in den Höhnerbach wird gemäß den nachfolgenden Punkten als nicht statthaft erachtet:

- öffentliche Belange des Natur- und Hochwasserschutzes stehen entgegen
- Widerspruch zum Verschlechterungsverbot nach WHG (WRRL)

- Hindernis für einen guten Erhaltungszustand unterliegender Gewässer
- erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes Sieg DE-2510-303 in Summation mit anderen Einleitungen, Überschreitung der zulässigen Einleitmengen in die Sieg
- vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser
- keine hinreichende Berücksichtigung naturschutzfachlicher Ausschlusskriterien bei der BWK-Prüfung

Es wird angeregt, Niederschlagswasser im Plangebiet zu belassen (Vermeidung, Verdunstung, Versickerung, Nutzung z.B. über Dachbegrünungen, Straßenseitengräben und hangparallele Gräben südlich des Plangebietes).

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

Die vorgetragenen Bewertungen zum Umgang mit Niederschlagswasser werden grundsätzlich nicht geteilt. Für die Entwässerung wurde eine Fachplanung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in den Bebauungsplan einfließen. Im Zuge der Grundlagenermittlung und Vorplanung ist als Alternative die Versickerung von Niederschlagswasser geprüft worden. Diese Entwässerung ist aufgrund der anstehenden Böden nicht durchzuführen, ohne das Wohl der Allgemeinheit zu beeinträchtigen. Der Hanfbach ist für ein 100jähriges Hochwasserereignis ausreichend bemessen. Die Fläche des Bebauungsplangebietes gehört zum natürlichen Einzugsgebiet des Hanfbaches. Der Anteil des Bebauungsplanes an der Gesamteinzugsgebietsfläche des Hanfbaches liegt unterhalb von 0,1 %. Durch die hier zurzeit gegebene Nutzung als Ackerfläche sind bereits jetzt bei Starkregen erhebliche Abflüsse zum Höhnerbach/Hanfbach vorhanden. Durch das geplante Regenrückhaltebecken erfolgt in Zukunft eine gedrosselte Ableitung zum Vorfluter. Änderungen an den Hochwasserabflussspitzen sind aufgrund des geringen Anteils am gesamten Einzugsgebiet sowie aufgrund des geplanten Rückhaltebeckens praktisch auszuschließen. Höhnerbach: Der Höhnerbach wird zurzeit für ein 100jähriges Hochwasserereignis ausgebaut. Nach Abschluss der Baumaßnahme ist das Gewässer bis zu diesen Bemessungswassermengen in der Lage, die anfallenden Abflussmengen abzuleiten. Entsprechend des LWG NRW ist die ortsnahe Ableitung zum Vorfluter Höhnerbach geplant. Eine Ableitung zur Sieg stellt keine ortsnahe Einleitung in einen Vorfluter mehr dar. Der Tiefpunkt des Entwässerungsgebietes Kleinfeldchen liegt bei ca. 102 m ü. NHN. Die nördlich der B 8 angrenzenden Kanäle liegen höher, sodass eine Freigefälleableitung zu diesen Kanälen nicht möglich ist. Die Kanäle nördlich der B 8 sind auch nicht auf den Anschluss weiterer Regenwassermengen bemessen. Aufgrund der Topografie würde auch bei einer Ableitung zur Sieg immer der Notüberlauf bei Katastrophenregen in Richtung Höhnerbach erfolgen. Die Lösung zur Sieg scheidet aus wasserwirtschaftlichen und ökonomischen Gründen aus. Grüne Dächer können lediglich zu einer Reduktion von Abflussbeiwerten führen, verhindern aber nicht, dass die Stadt Hennef im Rahmen ihrer Abwasserbeseitigungspflicht eine Ableitungsmöglichkeit für die Grundstückseigentümer bereitstellen muss. Damit das Kanalnetz und die Rückhaltung auf jeden Fall ausreichend dimensioniert sind, sind keine Abzüge für Dachbegrünungen bei der Bemessung berücksichtigt worden. Für Verkehrsflächen (Straßen und Hofanlagen) ist von einem verschmutzten Niederschlagswasser auszugehen. Hier muss die Versickerung über die belebte Oberbodenpassage erfolgen. Eine Direktableitung in den tiefen Untergrund ist nicht möglich. Auch für Niederschlagswasser gering verschmutzter Herkunft ist immer die oberflächennahe Versickerung unter Ausnutzung der Reinigungswirkung der belebten Oberbodenpassage anzustreben. Entsprechend scheidet eine „Tiefenversickerung“ für das Bebauungsplangebiet Kleinfeldchen aufgrund der nicht gegebenen Genehmigungsfähigkeit als Entwässerungsvariante aus. Der Rhein-Sieg-Kreis hat angegeben, dass Voraussetzung für die Erteilung der Einleitungsgenehmigung in den Höhnerbach die Fertigstellung der Hochwasserschutzmaßnahme am Gewässer ist. Die Fertigstellung ist zwischenzeitlich erfolgt. Entsprechend sind alle wasserrechtlichen Genehmigungen für das Bebauungsplangebiet Kleinfeldchen bereits bei der Unteren Wasserbehörde des Rhein-Sieg-Kreises beantragt und ruhen derzeit, um die Genehmigungsdauer noch nicht in Gang zu setzen. Für das Regenwasserrückhaltebecken wird eine Betriebsanweisung erstellt. Diese regelt auch exakt alle Arbeiten, um die Funktionsfähigkeit des Beckens dauerhaft zu gewährleisten.

Bestandteil dieser Betriebsanweisungen wird u.a. die Entfernung von Laub bzw. Absetzstoffen sein. Hierzu wird eine regelmäßige Sichtkontrolle durchgeführt. Die Übereinstimmung mit den Planungen wird anhand von Kontrollmessungen protokolliert. Jedes Rückhaltebecken wird mit einem Notüberlauf für Katastrophenregen ausgestattet. Nur hierdurch kann gewährleistet werden, dass bei solchen Starkregenereignissen ein geordneter Überlauf stattfindet. Ohne Notüberlauf wäre die Gefahr eines Grundbruches des Deichkörpers zu erwarten. Die Bemessungen erfolgten auf Grundlage der aktuellen Kostra-Daten. Die ortsnahe Einleitung in den Vorfluter Höhnerbach ist gemäß LWG und WHG genehmigungsfähig.

zu T4, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland
mit Schreiben vom 18.12.2014

Stellungnahme:

Das Wegekreuz an der Frankfurter Straße ist ein Denkmal nach § 2 DSchG NW aus dem 18. Jahrhundert. Das Denkmal ist nachrichtlich in der Planzeichnung darzustellen und in seinem Fortbestand und originären Standort zu sichern, sowie das Umfeld nicht zu stören. Der Sockel liegt deutlich unter Straßenniveau, was zu einer Gefährdung der Substanz des Wegekreuzes führen kann. Das Denkmal ist daher bei Bauarbeiten mit geeigneten Maßnahmen zu schützen. In der Bauleitplanung sind die Belange des Denkmalschutzes zu berücksichtigen. Baumaßnahmen im Umfeld des Denkmals sind nach § 9 DSchG NW erlaubnispflichtig.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

Ungeachtet dessen soll das angesprochene Wegekreuz an der Frankfurter Straße einschließlich der beiden Linden selbstverständlich erhalten und bei Bauarbeiten geschützt und gesichert werden.

zu T5, Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
mit Schreiben vom 12.12.2014

Stellungnahme:

Die bereits im Schreiben vom 04.02.2104 vorgetragenen Bedenken bezüglich der Überplanung von „Besonders schutzwürdigen Böden“ werden aufrechterhalten. Die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes werden begrüßt.

Abwägung:

Aus städtebaulicher Sicht kann eine Erweiterung des Siedlungsbereiches und von Gewerbeflächen nicht vorrangig unter dem Aspekt der Bewahrung schutzwürdiger oder besonders schutzwürdiger Böden erfolgen. Es sind zunächst die Vorgaben übergeordneter Planungen entscheidend dafür, wo neue Bauflächen ausgewiesen werden können. Zudem gilt es, alle Umweltbelange sowie die Erforderlichkeit der Planung angemessen zu berücksichtigen. Die Erforderlichkeit neuer Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geprüft. Die Situation von planungsrechtlich gesicherten und kurzfristig verfügbaren Flächen in Höhe von lediglich ca. 0,5 ha zeigt, dass die Stadt praktisch keine Gewerbeflächen mehr anbieten kann. Um auch mittelfristig der Gewerbeflächennachfrage entsprechen zu können, ist eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen im FNP von etwa 23 ha erforderlich. Eine konkrete Standortfindung der neu darzustellenden Flächen erfolgte nach einer Eignungsbewertung mit städtebaulichen und landschaftsökologischen Kriterien sowie auf Grundlage der Vorgaben aus der überörtlichen Planung (Regionalplan, Landesentwicklungsplan), der Siedlungsschwerpunkte und der Zentralörtlichkeit auf Kommunalebene. Für das Plangebiet „Kleinfeldchen“ wurde von der Stadt Hennef eine Standortbewertung mit der Bezeichnung „Östlicher Zentralort-Standort: S 1b.5“ durchgeführt. Die Bewertung zu den Kriterien

Natur und Umwelt kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewerbliche Entwicklung dieses Bereiches möglich ist. Es ist dabei zu beachten, dass unmittelbar anschließend Wohngebiete liegen und Immissionsschutz notwendig ist. Durch die Größe der Fläche kann es zu Lebensraumverlusten von Feldvögeln kommen. Entsprechende funktionserhaltende Maßnahmen wären zu entwickeln. Die Darstellung als gewerbliche Baufläche wird aufgrund der städtebaulichen und erschließungstechnischen Eignung, der Bedarfslage und fehlender Alternativflächen empfohlen. Der Standort kann etwa 6 ha zum Gesamtbedarf beitragen. Bei den planerischen Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben sich keine zweckmäßigen Alternativstandorte ergeben, die einen Ersatz für den Standort Kleinfeldchen bieten können. Die Flächenpotenziale nördlich der B 8 sind mit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.40 Gewerbegebiet Hossenberg ausgeschöpft. Auch für die Feuerwehr und Rettungswache gibt es keine zweckmäßigen Standortalternativen, insbesondere im Hinblick auf das Einsatzgebiet in den östlichen Stadtteilen. Das Gewerbegebiet nördlich der B 8 bietet keine zweckmäßigen Standorte. Entweder sind die potenziellen Flächen zu klein und/oder auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht verfügbar. Wichtig für den neuen Standort der Feuerwehr und Rettungswache ist die verkehrsgünstige Lage nahe zum Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof. Damit lassen sich Rettungsfristen innerhalb des Einsatzgebietes deutlich minimieren, zumal mit dem geplanten Ausbau des Knotenpunktes dessen Leistungsfähigkeit deutlich verbessert werden kann.

zu T6, RSAG

mit Schreiben vom 10.12.2014

Stellungnahme:

Es wird auf die generellen Anforderungen an Erschließungsstraßen im Hinblick auf die Befahrbarkeit mit drei- und vierachsigen Abfallsammelfahrzeugen hingewiesen, u.a. auf § 45 UVV „Fahrzeuge“ (BGV D 29), § 16 UVV „Müllbeseitigung“ (BVG C27) sowie § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 3 Betriebssicherheitsverordnung und BGI 5104. Die Straßen müssen entsprechende Breiten, Durchfahrtshöhen und Wendemöglichkeiten aufweisen. Rückwärtsfahren ist nicht zulässig.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

zu T7, rhenag

mit Schreiben vom 09.12.2014

Stellungnahme:

Im Zuge der Erschließung ist eine Mitverlegung von Gas- und Wasserhauptrohrleitungen vorgesehen. Die im Plangebiet verlaufende Gashochdruckleitung muss vor Beginn der Bebauung der betroffenen Flächen verlegt werden. Ein Antrag der Stadt Hennef dazu liegt bereits vor. Ein Gas- und Wasserbestandsplan ist der Stellungnahme als Anlage beigefügt.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

zu T8, PLEdoc GmbH

mit Schreiben vom 04.12.2014

Stellungnahme:

Von der Planung sind keine Einrichtungen von Versorgungsträgern berührt, deren Belange von

der PLEdoc geprüft und vertreten werden.

Abwägung:

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu T9, Bezirksregierung Düsseldorf

mit Schreiben vom 06.11.2014

Stellungnahme:

Testsondierungen ergaben Hinweise auf eventuelle Bombenblindgänger bzw. Kampfmittel. Im Plangebiet erfolgte eine Räumung (51.800 qm gemäß der Stellungnahme beigefügter Karte). Es wurden keine Kampfmittel geborgen. Das Vorkommen von Kampfmitteln im Boden kann dennoch nicht ausgeschlossen werden. Es besteht keine Garantie auf Kampfmittelfreiheit. Erdarbeiten sind daher mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Gefundene Kampfmittel sind der Ordnungsbehörde, der nächstgelegenen Polizeidienststelle oder dem Kampfmittelbeseitigungsdienst zu melden und die Arbeiten sind sofort einzustellen.

Abwägung:

Die vorgetragenen Anregungen beziehen sich auf die Inhalte der verbindlichen Bauleitplanung und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.41. Sie stehen der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht entgegen.

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben in ihren Stellungnahmen keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise vorgetragen:

- Westnetz Dortmund, mit Schreiben vom 02.12.2014
- unitymedia NRW GmbH, mit Schreiben vom 05.12.2014
- Wahnbachtalsperrenverband, mit Schreiben vom 08.12.2014
- amprion GmbH, mit Schreiben vom 09.12.2014
- Bezirksregierung Köln, Dezernat 33, mit Schreiben vom 16.12.2014
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW, mit Schreiben vom 09.12.2014
- Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg, mit Schreiben vom 08.01.2015

2. Gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722), werden die 45. Änderung des Flächennutzungsplans Hennef (Sieg) –Kleinfeldchen und die Begründung hierzu nebst Umweltbericht beschlossen.

Begründung

Verfahren

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtgestaltung und Planung am 18.12.2013 wurde der Aufstellungsbeschluss für die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen gefasst. Darüber hinaus wurde in dieser Sitzung für den Vorentwurf die Frühzeitige Beteiligung beschlossen. Diese wurde im Zeitraum vom 13.01.2014 bis zum 24.01.2014 durchgeführt.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtgestaltung und Planung am 05.11.2014 wurde der Entwurf zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes Hennef (Sieg) - Kleinfeldchen zur Offenlage beschlossen. Die Offenlage wurde im Zeitraum vom 01.12.2014 bis zum 09.01.2015 durchgeführt. Für die Stellungnahmen der Bürger, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wurde im Beschlussvorschlag die Abwägung formuliert.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtgestaltung und Planung am 02.03.2016 soll der

Rechtsplan zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen beschlossen werden. Anschließend wird der Rechtsplan mit Begründung und Umweltbericht gemäß § 6 Abs. 1 BauGB der Bezirksregierung Köln zur Genehmigung vorgelegt.

Geltungsbereich

Die Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst den gesamten Bereich der bisherigen Sonderbauflächen sowie die Lücke bis zur vorhandenen Bebauung im Bereich Königskaula. Das Plangebiet befindet sich am östlichen Stadtrand südlich der Bundesstraße B 8. Der Geltungsbereich der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst etwa 9,8 ha.

Gegenstand der Planänderung

Die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes soll den geänderten städtebaulichen Zielen für den Bereich Kleinfeldchen Rechnung tragen. Dazu gehört zunächst, dass die vorhandene und durch den Bauungsplan Nr. 01.19/2 Futterstück bereits rechtswirksam festgesetzt Wohnbebauung, die bisher teilweise als Sonderbaufläche ausgewiesen ist, im Rahmen dieser Änderung der tatsächlichen Nutzung entsprechend als Wohnbaufläche dargestellt wird. Die Grünflächen werden ebenfalls in die Darstellungen des Flächennutzungsplanes übernommen und an die künftigen Nutzungen angepasst.

Darüber hinaus soll im Plangebiet angrenzend an die Wohnbebauung und Grünflächen eine Feuerwehr und Rettungswache auf einer Fläche von ca. 7.500 qm errichtet werden. In dem im Parallelverfahren erstellten Bauungsplan sind der Standort und die Flächenabgrenzung für diese Feuerwehr und Rettungswache planerisch festgelegt. Daraus ergibt sich die neue Darstellung der Fläche für den Gemeinbedarf mit der entsprechenden Zweckbestimmung.

Entgegen den bisherigen Zielen, an diesem Standort ein Sondergebiet auszuweisen, soll im Plangebiet neben dem Standort für eine Feuerwehr und Rettungswache dem hohen Bedarf an gewerblichen Bauflächen Rechnung getragen werden. Im Rahmen des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurde für das gesamte Stadtgebiet ein Bedarf von ca. 23 ha neuer gewerblicher Bauflächen im Stadtgebiet ermittelt, wozu die in der vorliegenden Planung enthaltene gewerbliche Baufläche mit ca. 6 ha einschließlich Erschließungsanlagen einen entsprechenden Anteil beitragen kann. Die gewerbliche Baufläche soll sich bis zur vorhandenen Bebauung im Bereich Königskaula erstrecken und damit die Lücke zwischen dieser Bebauung und dem Stadtrand vollständig füllen. Es soll eine mit den umgebenden Nutzungen, insbesondere der westlich gelegenen Wohnbebauung, verträgliche Gewerbeansiedlung ermöglicht werden.

Die bislang vorgesehene Sonderbaufläche wird durch die Ausweisung der Fläche für den Gemeinbedarf und der gewerblichen Baufläche überplant und entfällt vollständig. Es bestehen für die Sonderbauflächen keine konkreten Planungen und Planungsabsichten für entsprechende Bauvorhaben.

Erschließung

Die äußere Erschließung soll über die städtische Straße Wingenshof nach Westen Richtung Stadtmitte und nach Nordosten zur Bundesstraße B 8 und Autobahn A 560 erfolgen. Insbesondere die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes auf der Bundesstraße wurde im Rahmen des Bauungsplanverfahrens geprüft und es werden entsprechende bauliche oder verkehrslenkende Maßnahmen vorgesehen, die eine funktionsfähige und störungsfreie Anbindung sicherstellen. Um die Funktionsfähigkeit der äußeren Erschließung zu prüfen und sicher zu stellen, wurde im Rahmen der Erstellung des Bauungsplanes eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte mit Hilfe einer Verkehrsflusssimulation nachgewiesen werden, dass der Knotenpunkt A 560 / B 8 / L 333 / Wingenshof mit dem im Schlussbericht der Untersuchung beschriebenen Ausbau und einem optimierten Signalisierungskonzept auch für die zukünftige Verkehrsnachfrage mit "Kleinfeldchen" eine ausreichende Verkehrsqualität (Stufe D) gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass im Bauungsplan Nutzungen ausgeschlossen werden, die zu einem höheren Verkehrsaufkommen führen könnten. Damit ist der Standort der ausgewiesenen Bauflächen verkehrstechnisch nicht in Frage gestellt und umsetzbar. Wie die Ergebnisse der Untersuchung planungsrechtlich in Festsetzungen gefasst werden, ist Aufgabe des Bauungsplanes.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde zudem eine Verkehrs- und Erschließungsplanung erstellt, die die verkehrstechnischen Belange berücksichtigt, und deren Ergebnisse in die Festsetzungen des Bebauungsplanes einfließen.

Zur inneren Erschließung ist nach den Planungen des Bebauungsplanes eine etwa 500 m lange Stichstraße vorgesehen. Die Stichstraße bildet im westlichen Teil die Grenze zwischen der Gemeinbedarfsfläche und den gewerblichen Bauflächen und erstreckt sich dann mit etwa 100 m Abstand zum nördlichen Rand des Plangebietes weiter ins östliche Plangebiet und endet dort in einer Wendeanlage. Die nördlich dieser Haupteerschließung gelegenen gewerblichen Bauflächen sollen darüber hinaus über zwei kürzere Stichstraßen mit Wendemöglichkeit erschlossen werden. Für die Erschließung wurde eine gesonderte Fachplanung erstellt, deren Ergebnisse in den Bebauungsplan einfließen.

Berücksichtigung von Natur und Landschaft /Umweltbericht

Der Umweltbericht ist als Anhang der Begründung beigefügt und kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Die Belange der in den umliegenden Siedlungsgebieten wohnenden Bevölkerung sind wie folgt zu berücksichtigen:

- Die im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung vorgegebenen Grenz- und Richtwerte sind durch Schallkontingentierung im Bebauungsplan einzuhalten. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen bei Einsatzfahrten der Feuer- und Rettungswache sind, soweit nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen vermeidbar, als sozialadäquat einzustufen und von den Betroffenen zugunsten des Wohls der Allgemeinheit hinzunehmen.

Die Begrenzung von Emissionen wie Geruch, Staub oder Erschütterungen erfolgt mit Hilfe der Regelungen des Abstandserlasses.

- Vermeidung von nächtlichen Blendwirkungen auf die Wohngebiete Futterstück und Geisbach durch Beschränkungen hinsichtlich der Beleuchtung im Gewerbegebiet.
- Durchführung von Pflanzmaßnahmen zur Eingrünung des Gewerbegebietes.

Im Zuge der Baumaßnahmen kommt es zu Beeinträchtigungen von Biotopen. Im Wesentlichen handelt es sich um intensiv genutzte Ackerflächen geringer Wertigkeit. Darüber hinaus sind Biototypen mittlerer Wertigkeit (junge und mittelalte Gehölze sowie eine kleine Brachfläche) betroffen. Die Erhaltung der beiden alten Linden am Wingenshof ist eine wichtige Maßnahme zur Vermeidung von Beeinträchtigungen. Der zu erwartende hohe Versiegelungsgrad führt zu erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden und Wasser. Betroffen sind besonders schutzwürdige, fruchtbare Ackerböden. Neben der Kompensation der Eingriffe in die Biotope sind auch bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen erforderlich.

Aufgrund der vorhandenen lehmigen Böden und des geologischen Untergrundes ist keine effektive Versickerung im Plangebiet möglich. Zum Schutz des Höhnerbaches ist das Oberflächenwasser in einem Regenrückhaltebecken zurück zu halten. Aus Gründen des Gewässerschutzes und des vorsorgenden Hochwasserschutzes darf die Einleitung in das Gewässer nur gedrosselt erfolgen.

Die Entwicklung eines Bau-/Gewerbegebietes östlich von Hennef führt mit großflächiger Versiegelung und großvolumigen Baukörpern zu einer Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes. Aus Gründen des Landschaftsbildschutzes sollte eine an das vorhandene Gelände angepasste Bebauung bzw. Erschließung und eine gestaffelte Höhenbegrenzung vorgenommen werden. Aufgrund der Fernwirkung in südliche Richtung sollten im Bebauungsplan Gestaltungsvorgaben für die Farbwahl der Hallengebäude und Dächer festgesetzt werden. Zusätzlich werden Baumpflanzungen parallel zur Hangrichtung, entlang der Erschließungsstraßen empfohlen. Im Nordwesten des Plangebietes befindet sich an der Stadtstraße Wingenshof ein Wegekreuz, das von zwei Linden eingerahmt ist. Wegekreuze sind prägende kulturhistorische Landschaftselemente, die es zu bewahren gilt. Im Zuge der Planung der Erschließungsstraße sind das Wegekreuz und die beiden alten Linden durch eine geschickte Trassenführung zu erhalten.

Eine detaillierte Bilanzierung des Eingriffs ist im Bebauungsplanverfahren durchzuführen. Der Umfang der erforderlichen Ausgleichsflächen ist abhängig von der Eingriffsintensität und von dem Umfang und der Qualität der Ausgleichsmaßnahmen. Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Vorhaben, unter Beachtung der im Rahmen der Umweltverträglichkeit vorgesehenen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen, vertretbar ist.

Immissionen

Die schalltechnische Verträglichkeit mit umliegenden Nutzungen, insbesondere der westlich angrenzenden Wohnbebauung und der Wohnnutzung im Bereich Königskaula, wird im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes mittels Emissions- und Zusatzkontingenten geregelt, die gutachterlich ermittelt und vorgegeben werden. Durch die Festsetzung der gewerblichen Baufläche als Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO im Bebauungsplan sollen im Übrigen nur nicht erheblich belästigende Betriebe zugelassen werden, so dass über den Schall hinaus keine unzulässigen und das Wohnen relevant störende Emissionen zu erwarten sind. Die Begrenzung von Emissionen wie Geruch, Staub oder Erschütterungen erfolgt mit Hilfe der Regelungen des Abstandserlasses.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass zu diesem Verfahren ein Artenschutz-Fachbeitrag sowie eine Geotechnische und hydrogeologische Baugrunduntersuchung vorliegen. Diese beiden Gutachten waren bereits der Einladung zu der Sitzung dieses Gremiums am 05.11.2014 zu dem Tagesordnungspunkt „Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.41 Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen“ beigefügt und werden an dieser Stelle nicht noch einmal abgedruckt. Die Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 01.41 Hennef (Sieg) - Kleinfeldchen sowie die Schalltechnische Untersuchung sind der Einladung zu der heutigen Sitzung unter TOP „Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.41 Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen“ beigefügt. Hierauf wird entsprechend verwiesen. Alle vorgenannten Gutachten sind darüber hinaus in Session eingestellt und dort jederzeit einsehbar.

Auswirkungen auf den Haushalt

Keine Auswirkungen   Kosten der Maßnahme
Sachkosten: s.u. €

Bemerkungen

Die Kosten für dieses Verfahren werden von den Stadtbetrieben Hennef AÖR übernommen.

Bei planungsrelevanten Vorhaben

Der Inhalt des Beschlussvorschlages stimmt mit den Aussagen / Vorgaben

des Flächennutzungsplanes   überein   nicht überein (siehe Anl.Nr.   )

der Jugendhilfeplanung   überein   nicht überein (siehe Anl.Nr.   )

Mitzeichnung:

Name:

Paraphe:

Name:

Paraphe:

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

Hennef (Sieg), den 18.02.2016

K. Pipke

Anlagen:

- Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB
- Stellungnahmen B1 – B33 sowie T1 – T10
- 45. Änderung des Flächennutzungsplans (Rechtsplan)
Verfasser: Planungsbüro Dittrich, Bahnhofstraße 1, 53577 Neustadt (Wied)
Stand: 18.02.2016
- Begründung (Rechtsplan)
Verfasser: Planungsbüro Dittrich, Bahnhofstraße 1, 53577 Neustadt (Wied)
Stand: 18.02.2016
- Umweltbericht (Rechtsplan)
Verfasser: Planungsbüro Dittrich, Bahnhofstraße 1, 53577 Neustadt (Wied)
Stand: 18.02.2016
- Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 01.41 Hennef (Sieg)- Kleinfeldchen (s. TOP „Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.41 Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen“)
Verfasser: Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen mbH Brilon/Bondzio/Weiser, Bochum
Stand: 28.01.2016
- Schalltechnische Untersuchung (s. TOP „Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.41 Hennef (Sieg) – Kleinfeldchen“)
Verfasser: Kramer Schalltechnik GmbH, Otto-von-Guericke-Straße 8, 53757 Sankt Augustin
Stand: 15.02.2016